Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Rußdorf, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach, Kirchberg, Pleißa, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Kuhschnappel, Grumbach, St. Egydien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,50 durch die Post Mk 1,82 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 270. Freitag, den 21. November 1902. 52. Jahrgang.

Sonnabend, den 22. November 1902, Vorm. 10 Uhr
soll in **Hermsdorf** ein **Sopha** öffentlich zur Versteigerung kommen.
Sammelpunkt: „Gasthof zur grünen Linde" daselbst.

Q757/02 **Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal.**

Sonnabend, den 22. November, Vorm. 10 Uhr
soll in **Hermsdorf** ein **dunkelbrauner Wallach** meistbietend gegen sofortige Barzahlung zur öffentlichen Versteigerung kommen.
Sammelpunkt: Gasthof zur grünen Linde daselbst.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal.
Q 752/02 758/02 780/02.

Montag, den 24. November 1902, Vormittags 10 Uhr,
sollen in **Oberlungwitz** eine größere **Partie seidene Shawls** öffentlich zur Versteigerung kommen.
Sammelort der Bieter: **Restaurant „zur Post".**

Q 779/02. **Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal.**

Bekanntmachung.

Nachdem die Aufstellung der Wahllisten für die diesjährige Gemeinderaths-Ergänzungswahl erfolgt ist, werden diese Listen vom 18. November a. c. an, vierzehn Tage lang in der hiesigen Gemeindeverwaltung — Zimmer No. 3 — zur Einsichtnahme für die Stimmberechtigten und Wählbaren ausgelegt.

Einsprüche gegen diese Wahllisten sind gemäß der Bestimmungen in § 42 der revidirten Land-Gemeinde-Ordnung binnen **sieben** Tagen, also bis zum 24. huj. bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande anzubringen.

Gersdorf, Bez. Chemnitz, den 15. November 1902.

Der Gemeindevorstand.
Göhler.

Vom Reichstage.

Berlin, 18. November.

Die „Köln. Volksztg." schreibt zu dem Antrage Aichbichler und den Vorgängen im Reichstage, die zu seiner Annahme geführt haben: „Die Sozialdemokraten werden jetzt möglicherweise den Zeitverlust, der der Obstruktion aus dem neuen Abstimmungsmodus entstanden ist, durch Vermehrung der Anträge auf namentliche Abstimmung wett zu machen suchen. Wir sagen „möglicherweise", wahrscheinlich dünkt es uns nicht, denn die Sozialdemokraten mit ihrem linksliberalen Anhang werden aus dem bisherigen Verlauf der Dinge doch wohl die Lehre gezogen haben, daß die Verhältnisse bei uns in Deutschland doch nicht derart sind, daß man ungestraft das parlamentarische Wesen zu einer Farce herabwürdigen kann. Und haben die Sozialdemokraten diese Lehre noch nicht gezogen, fahren sie mit der Obstruktion in einer, den parlamentarischen Gepflogenheiten und dem natürlichen Rechtsempfinden Hohn sprechenden Weise fort, die Tribüne des Reichstages zu einer Stätte der politischen Possenreißereien herabzudrücken, so wird ihnen von einer Seite Widerstand entgegentreten, von der sie es nicht zu erwarten scheinen: aus dem Volke heraus wird der Ruf an die Mehrheitsparteien ergehen, in der Bekämpfung der Obstruktion nicht nachzulassen, sondern in dem Maße, wie sich die Sozialdemokraten des Mißbrauchs der Geschäftsordnung schuldig machen, diesem Mißbrauch zu steuern. Es steht gegenwärtig in dem Hause am Königsplatz mehr auf dem Spiele als die Zolltarifvorlage, es handelt sich bei den Vorgängen im Reichstage um nichts Geringeres als um die Frage, ob es geduldet werden soll, daß die Sozialdemokraten mit der Lahmlegung des Parlamentarismus gleichzeitig die Todtengräber des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sein sollen. Man fragt sich bei dem Gebahren der Obstruktionisten verwundert: Hat ihr parteipolitischer Fanatismus sie bereits so verblendet, daß sie keine Einsicht mehr dafür haben, welche Wege sie wandeln, oder geht ihr propagandistisches Interesse so weit, daß sie zu der schweren Verantwortung der Herabwürdigung des Parlamentarismus kalten Blutes die schwere Verantwortung der Untergrabung des heutigen Wahlrechts auf sich nehmen? Man werfe uns keine Uebertreibung vor: wenn durch diejenige Partei, die sich mit Vorliebe als die eigentliche Arbeiterpartei bezeichnet und der die Vertretung der Arbeiterinteressen nur auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts möglich ist, wir sagen, wenn eine solche Partei aus Rancune dafür, daß ihr Wille im Parlament nicht durchgeht, nicht davor zurückschreckt, die Obstruktion, wie Bebel angedeutet hat, auch auf den Etat auszudehnen, dann kann der Rückschlag nicht ausbleiben, daß die Regierung und weite Kreise des deutschen Volkes zu dem Urtheil kommen, für derartige Zustände müsse das heutige Wahlrecht verantwortlich gemacht werden, und daß Leute, welche das heutige Wahlrecht, dem sie ihre Vertretung des Volkes verdanken, dazu mißbrauchen um die Volksvertretung überhaupt unmöglich zu machen, dieses Wahlrecht nicht verdienen. Dauert die Obstruktion fort und macht Abg. Bebel seine Andeutung wahr, so wird die Stimme der „Kreuzztg." nicht vereinzelt bleiben, und als Anhänger des heutigen Wahlrechts verhehlen wir uns nicht, daß uns ernste Kämpfe bevorstehen würden, deren Ende man nicht ohne Besorgniß entgegensehen könnte. Mögen besonders unsere Arbeiter das wohl in's Auge fassen."

„Dauernd, auf Monate", so schreibt auch der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg.", „läßt sich keine Obstruktion betreiben, sie findet dann nicht mehr den Rückhalt im Lande und sie ruft Gewaltmaßregeln im Reichstage hervor. Wer in einer Situation und zu einer Zeit, wo es nicht nothwendig und nicht einmal nützlich ist, durch eine übertriebene Häufung namentlicher Abstimmungen, unnöthiger Anträge und durch zwecklose Dauerreden gewissermaßen renommistisch Obstruktion zu treiben versucht und sich in Drohungen dies in infinitum fortzusetzen gefällt, der macht schließlich nur die Gegner einig und stark und verleiht diesen die bisher im Unrecht waren, den Schein des Rechts bei gewaltsamen Aenderungen und Durchbrechungen der Geschäftsordnung und giebt ihnen den willkommenen Anlaß, sich als Hüter der Rechte der Volksvertreter und ihrer Würde aufzuspielen und in dieser staatsrettertischen Rolle Unrecht und Gewalt zu begehen wie es die Beseitigung von 21 neuen begründeten und jedenfalls noch nicht berathenen Anträgen gewesen ist."

* * *

Die „Würde des Reichstags", sagt die „Germania", spielt in diesen Tagen in den parlamentarischen Verhandlungen eine große Rolle. Wie dieselbe von denen, die sich gegenwärtig als die Hüter dieser Würde berufen glauben, gewahrt wird, mag aus folgenden Reminiscenzen eines Zuhörers der Rede des Sozialdemokraten Heine am 19. November hervorgehen: Meine Herren, wie schwierig wird es schon in diesem großen Saale sein, sämmtliche Abgeordnete herbeizurufen. Wir haben eine —, zwei —, drei —, vier —, fünf —, sechs — Thüren. Wenn ich die beiden Thüren neben dem Präsidium mitzähle, so haben wir eine —, zwei —, drei —, vier —, fünf —, sechs —, sieben —, acht — Thüren. Wenn ich noch in Betracht ziehe daß hinter dem Präsidium sich auch noch Ausgänge befinden — ich weiß nicht, wie viele, da ich diesen Weg nie wähle —, ich nehme aber an, es wäre eine Thüre, so haben wir eine — —, zwei — —, drei — —, vier — —, fünf — —, sechs — —, sieben — —, acht — —, neun — — Thüren. Nehme ich aber an, es wären zwei Thüren, dann wären es eine — —, zwei — —, drei — —, vier — —, fünf — —, sechs — —, sieben — —, acht — —, neun — —, zehn — — Thüren. Nehme ich aber an, es gäbe drei Thüren, so wären eine — —, zwei — —, drei — — 2c. Nun haben wir, meine Herren, im Saale einen — —, zwei — —, drei — —, vier — —, fünf — —, sechs — —, sieben — —, acht — —, neun — — Gänge; zähle ich aber die äußeren Gänge hinzu, so haben wir einen — —, zwei — —, drei — —, vier — —, fünf — —, sechs — —, sieben — — acht — —, neun — —, zehn — —, elf — — Gänge. — So ungefährklingt es mir jetzt noch in den Ohren; aber auch das weiß ich noch, daß dieser Theil der Rede zu den sachlichsten, interessantesten Theilen der Ausführungen des Herrn Heine gehörte. — Jeder Zusatz würde die Wirkung dieser Schilderung von der „Würde des Reichstags" durch den sozialdemokratischen Hüter derselben abschwächen. — Soweit die „Germania". Wir fügen nur noch hinzu: Wenn dies nun schon bei Heine geschieht, wie wird dann erst bei Stadthagen werden! Und der parlamentarische Genius Deutschlands verhüllte sein Haupt und schluchzte.

Die „Leipz. Neuest. Nachr." schreiben in Anknüpfung an die letzten Vorgänge im Reichstage: „Es ist noch niemals dem deutschen Volke ein so empörendes und zugleich alberne Schauspiel geboten worden, wie jetzt, wo sechzig oder siebzig erwachsene Menschen, hypnotisirt durch diese zwei geschwätzigen Semiten, den ganzen Konstitutionalismus ad absurdum führen, wo die Kostgänger des Kapitalismus, die sich in der Freisinnigen Vereinigung zusammenfinden, den Altweiberjammer ihres Mißvergnügens in Klatschbasenmanier zum Ausdruck bringen und selbst ein Mann, wie Eugen Richter, sich mit Ekel und Widerwillen von solchem Treiben abwendet. Wenn Herr Stadthagen es wagen darf, mit Anträgen, wie er sie gestellt hat, das Parlament zu verhöhnen, wenn die Sozialdemokratie, wenn ein Sechstel des Reichstages sich den Scherz leisten kann, dem Volke, das Brot fordert, Steine zwischen die Zähne zu klemmen, dann ade Parlamentarismus, dann ade Würde und Vernunft!" — Das genannte Blatt beschäftigt sich dann des Näheren mit der rednerischen Leistung des Abgeordneten Heine, die es geradezu als groben Unfug bezeichnet. „Herr Heine", so schreiben die „L. N. N.", „der noch vor wenig Jahren in glühender Begeisterung Bismarklieder sang und ein grimmiger Antisemit war, begann mit flüsternder Stimme zu reden. Es lag ihm nichts daran, zu überzeugen, denn selbst der Präsident konnte kaum vernehmen, was er sprach; es lag ihm nichts daran, die Auffassung festzuhalten, daß es die Aufgabe des Reichstages sei, durch Rede und Gegenrede Klarheit zu verschaffen. Mit unsäglicher Arroganz und mit jener Affektirtheit, die als Nonchalance erscheinen soll, stand er auf der Rednertribüne und ließ das trübe Wässerlein seiner Schwatzhaftigkeit dahinplätschern über seine wehrlosen Opfer, Stunde um Stunde. Und der Zweck? Ja, welchen Zweck soll es haben, die Verhandlung bis zur mitternächtigen Stunde hinauszuzerren? Er wußte es ganz genau, daß die Mehrheit ausharren werde, selbst wenn der neue Morgen durch die Fenster grauen würde; er mußte auch wissen, daß er die Annahme des Antrages Aichbichler niemals hintertreiben könne. Und doch diese Pose des Volksretters, der selbst die Stimmbänder opfert, um dem Volke — ja, was doch gleich: Um dem Volke das Recht zu lassen, in den Zeitungen davon zu lesen, daß der Reichsfeldwebel Graf Ballestrem zehn- oder zwölfmal seine Kompagnie auszählte. Glauben denn die Herren wirklich, daß die Welt zu Grunde geht, oder auch nur die Freiheit, die Herr Heine meint, bedroht wird, wenn ein Antrag angenommen wird, dessen Aufgabe es lediglich ist, die langweilige und zeitraubende Zeremonie des Auszählens zu kürzen!"

Zu den Vorgängen in Oesterreich.

Wien, 17. Nov. Die Berathung des Ministerpräsidenten Körber mit dem Führer der Deutschböhmen Dr. Eppinger sowie des tschechischen Ministers Rezek in Prag und des Statthalters von Böhmen mit den Abg. Bärnreither und Kramarz haben dazu geführt, den Gedanken eines Koalitionsministeriums (besonders Deutschen und Tschechen) endgiltig fallen zu lassen. Nunmehr wird der Weg der Verständigungskonferenz beschritten werden und bleibt auch diese ohne Ergebniß, dann wird das Parlament aufgelöst werden und die Neuwahlen sollen unter der Frage der deutsch-tschechischen Verständigung erfolgen. Gleich Eppinger lehnen auch alle andern deutschen Führer die Idee ab, die innere tschechische Amtssprache aus dem Komplex der Sprachenfrage herauszureißen und die berechtigten Forderungen der Deutschen als Waare auf den parlamentarischen Tauschmarkt zu bringen.

* * *

Wien, 14. Nov. Heute gelangten im Reichsrath die Dringlichkeits-Anträge Geßmanns und Pernerstorfers, betreffend Vorgänge bei den Wahlen in der Wiener Vorstadt Favoriten zur Verhandlung. Pernerstorfer schildert die Vorfälle beim Eindringen der Sicherheitswache ins Arbeiterheim, wohin sich eine Gruppe Sozialdemokraten mit dem Abgeordneten Seitz begeben hatte. Er erklärt, daß die Beschuldigung, es seien Bierkrügel durch die Fenster auf die Wache geworfen worden, falsch sei, denn die eisernen Jalousien waren im ganzen Hause herabgelassen, die Wache sei ganz ohne Grund eingebrochen. Die Polizeibeamten hatten aber ihre Leute nicht mehr in der Hand, wenn sich ein Wachmann in die Mitte des Saales des Arbeiterheims hineinstellt, mit dem Säbel herumfuchtelt und den in die Ecken des Saales geflüchteten Arbeitern zuruft: „Kommt's her, ihr Socihunde!", wenn ein anderer Polizist die Gläser und Fenster im Saale mit dem Säbel wie wahnsinnig zertrümmert, so ist das nur dadurch zu erklären, daß ein großer Theil des Wachecorps rohe, ungebildete, unwissende, fanatisch gegen die Arbeiterschaft vorgehende Leute sind. Die Leute haben sich benommen wie Hunde, welche auf Menschen dressirt sind. Die eingedrungenen Polizisten — ich weiß nicht, waren es Besoffene oder Wahnsinnige — hieben wild auf die Arbeiter los, ohne jeden Grund. Herr Ministerpräsident, danken Sie Ihrem Herrgott, daß ich nicht draußen gewesen bin, ich hätte einen solchen Kerl erdrosselt, wenn ich dabei gewesen wäre! Denken Sie sich: in eine Apotheke bricht ein rasender oder besoffener Polizeimann ein, zertrümmert alles, haut mit dem Säbel auf den Apotheker los. Nach Ihrer Theorie, Herr Ministerpräsident, müßte sich der Betroffene das gefallen lassen. Ich sage Ihnen aber, wenn mir das geschieht, der Mann ist des Todes! . . . . Das ist ein pflichtvergessener Polizeipräsident, ein pflichtvergessener Ministerpräsident, ein pflichtvergessener Justizminister, der solche Dinge vorkommen läßt. Auf Grund der Lügen der christlich-sozialen Blätter hat uns Dr. Lueger in der Mittwochsitzung fortwährend „Meuchelmörder" genannt. Er hat sich benommen, wie ein Irrsinniger oder wie ein Gassenjunge. Alle Anwesenden mußten sagen: So benimmt sich nicht der Bürgermeister des letzten Dorfes! Ueberhaupt hat Lueger eine merkwürdige Eigenschaft. Nach jeder Wahl wird er auf 24 Stunden wahnsinnig. Der Größenwahn, der ihn aufbläht, kommt dann zur Eruption. Der Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger, hat sich der Ehrlosigkeit schuldig gemacht, wenn er auf Grund falscher Angaben und Lügen verleumdet. Mit diesem Mann, der bar ist jeden Gefühls der Ehre, verkehren die höchsten Würdenträger des Staates: er gilt als Verkünder der Kaisertreue und des Patriotismus, derselbe Mann, der sich öffentlich immer wieder sagen lassen muß, daß er ein Verleumder ist. Jedem Ehrenmanne in diesem Hause ist es unmöglich, mit dem Lueger zu verkehren! Unter den Frauen, die bei der vorletzten Wahl in Favoriten von Lueger, Strohbach und Geßmann beschimpft wurden, hat sich auch meine Frau befunden. Wer sich Frauen gegenüber so benimmt, ist der ärgste Schandbube in Oesterreich!" Präsident (aufspringend): „Ich kann nicht zugeben, daß ein Mitglied des Hauses in solcher Weise beleidigt wird." Abg. Edlersch ruft: „Sie werden den Lueger doch nicht reinwaschen, der ist ein Schuft!" Pernerstorfer: „Bei der Debatte über die letzten Wahlen haben Sie Lueger hier Komödie spielen sehen; er ist ordinär vom Scheitel bis zur Sohle! Diese Partei ist nicht nur jeder Gemeinheit, sondern auch jeden Verbrechens fähig!" Der Präsident ruft Pernerstorfer für diesen Ausdruck zur Ordnung. Darauf kam es abermals zu wüsten Lärmszenen und sogar zu einer regelrechten Prügelei, worüber folgender Bericht vorliegt: Abg. Schreiner hatte

SLUB
Wir führen Wissen.